

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

9. Sitzung – Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

30. Januar 2025 – 10:02 bis 11:27 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Wiebke Knell (Freie Demokraten)

CDU

Lena Arnoldt
Dominik Leyh
Sebastian Müller (Fulda)
Jan-Wilhelm Pohlmann
Maximilian Schimmel
Ingo Schon

AfD

Andreas Lichert
Johannes Marxen
Gerhard Schenk (Bebra)
Olaf Schwaier

SPD

Kerstin Geis
Alexander Hofmann (Wiesbaden)
Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Vanessa Gronemann
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

Freie Demokraten

Wiebke Knell


Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Tim Wroniak
 SPD: Gerfried Zluga
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Miriam Beulting
 Freie Demokraten: Tobias Schmidt

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name – Bitte in Druckbuchstaben –	Amts-/Dienst- bezeichnung	Ministerium, Behörde
JUNG	M	HM LU
KÖFER	STS	„
Ruhl	SES	„
Gaug	M3	HMLU
Hendricks	MR/SEK	SEK
Sondermann	Ref. IV 4	HMLU
Reeder	REF. IV 4	HMLU
Sträubinger	AL in IV	HMLU
Keul	RL IV 1A	HMLU
Fengler	RL IV 3	HMLU
Kohl	Ref. V 2	StK

Protokollführung: Swetlana Franz

5. Dringlicher Berichts Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zukunft der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie ungewiss
– Drucks. [21/1566](#) –

Abgeordnete **Martina Feldmayer:**

Vielleicht nur eine kurze Vorbemerkung: Wir haben den Dringlichen Berichts Antrag eingebracht aufgrund des Haushaltsentwurfs, wo wir gesehen haben, dass das Produkt „Nachhaltigkeitsstrategie“ gestrichen wird und nur noch Gelder zur Abwicklung übrig sind. Da haben wir uns doch sehr gewundert, da die Nachhaltigkeit in Hessen Verfassungsrang hat und mit überwältigender Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger jetzt als Staatsziel gilt. Das finden wir nicht gut, das finden wir fachlich falsch. Da müsste man eigentlich mehr machen. Ich kann Ihnen gern einmal den Artikel 26a vorlesen:

„Staatsziele verpflichten den Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Leistungsfähigkeit zur fortlaufenden Beachtung und dazu, ihr Handeln nach ihnen auszurichten.“

In Artikel 26b steht:

„Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen unter dem Schutz des Staates und der Gemeinden.“

Artikel 26c:

„Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigen bei ihrem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Interessen künftiger Generationen zu wahren.“

Hier sehen wir eine Verletzung dieses Staatsziels, wenn die Nachhaltigkeitsstrategie gestrichen werden soll. Deswegen haben wir den Dringlichen Berichts Antrag gestellt.

Minister **Ingmar Jung:**

Ich würde mir die Vorbemerkung ersparen, weil es sich aus den Fragen ergibt, und würde einige Fragen zusammenfassend beantworten. Am Anfang darf ich die Frage stellen: Wenn jetzt Öffentlichkeit da ist, soll ich die Fragen auch vorlesen? – Dann mache ich das gerne, wenn es gewünscht ist. Wie gesagt, am Anfang würde ich in einer Art Vorbemerkung gleich eine ganze Reihe Fragen abarbeiten.

Frage 1: Die Landesregierung begründet ihre Kürzung bei der Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Entscheidung, bisherige Maßnahmen nicht fortzuführen, mit einer „anderen politischen Schwerpunktsetzung“. Worin besteht der neue politische Schwerpunkt?



- Frage 2: Welche Maßnahmen der letzten Jahre im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie werden 2025 aus welchen Gründen nicht fortgeführt?*
- Frage 3: Bekennt sich die Landesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie und zu all ihren Zielen und Indikatoren?*
- Frage 6: Welche Änderungen gibt es an den bisherigen Strukturen und Gremien der Nachhaltigkeitsstrategie (zum Beispiel Bündnis für Nachhaltigkeit, Initiative für nachhaltiges Wirtschaften, Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie im Umweltministerium)?*
- Frage 7: Wie wurden bzw. werden die zivilgesellschaftlichen Akteure der Nachhaltigkeitsstrategie, zum Beispiel die Mitglieder des Bündnisses für Nachhaltigkeit, in die Entscheidung über die Kürzungen und strukturellen Änderungen eingebunden?*
- Frage 8: Welche Maßnahmen aus 2023/2024 im Rahmen der Initiative „Nachhaltiges Wirtschaften“ werden nicht bzw. mit weniger finanziellen Mitteln fortgeführt?*
- Frage 10: Soll das Hessische Bündnis für Nachhaltigkeit in bisheriger Form weiterbestehen und regelmäßig tagen?*
- Frage 11: Welche Maßnahmen sind zur Umsetzung des neuen Schwerpunkts des Hessischen Bündnisses für Nachhaltigkeit („Jugend und Sport“) geplant?*
- Frage 12: Welche finanziellen Mittel stehen hierfür aus welcher Quelle zur Verfügung?*
- Frage 13: Wie viel Personal ist ab 2025 im Vergleich zu 2023/24 im Umweltministerium für die Nachhaltigkeitsstrategie zuständig?*
- Frage 14: Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie werden Kommunen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützt. Welche Maßnahmen aus 2023/2024 werden nicht bzw. mit weniger finanziellen Mitteln fortgeführt?*
- Frage 15: Welche Maßnahmen und Einzelelemente des Klimaplanes zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie werden aus welchen Gründen gekürzt oder gestrichen?*
- Frage 16: Wie lauten die Kennzahlen zur Nachhaltigkeitsstrategie (Einzelplan 9, Kapitel 21 Produkt Nr. 011, Seite 139) – konkret zum Ist im Jahre 2024 in Bezug auf die Anzahl an Projekten/Aktionen, Teilnehmenden an Großveranstaltungen, Newsletter-Abonnements und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen?*
- Frage 17: Für 2025 sehen die Kennzahlen (Soll) zu diesem Produkt keine weiteren Projekte/Aktionen (2024: 12), keine Teilnehmenden von Großveranstaltungen (2024: 35.000) und nur eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme (2024: 10) vor. Welche konkreten Projekte/Aktionen, welche Großveranstaltungen und welche öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen werden gestrichen?*
- Frage 19: Welche Änderungen sind in Bezug auf den Aktionstag der Nachhaltigkeit geplant? (verfügbares Finanzvolumen, Aktivitäten)*

Die Fragen, die ich eben aufgelistet habe, möchte ich gern zusammen beantworten:

Die Landesregierung ist und bleibt dem Staatsziel der Nachhaltigkeit, wie es nicht zuletzt in unserer Verfassung verankert ist, uneingeschränkt verpflichtet.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben dies mehrfach deutlich gemacht und Nachhaltigkeit als zentrales Anliegen über die Ressorts hinweg verankert und ein klares Bekenntnis zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen abgegeben. Die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ist also Richtschnur des Handelns der Landesregierung auf allen politischen Ebenen.

Die vielfältigen Strukturen und Gremien der Nachhaltigkeitsstrategie sind in der Vergangenheit mit dem Ziel angetreten, Impulse für die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu leisten, an einer Verzahnung gesellschaftlicher und politischer Akteure mitzuwirken sowie die Wahrnehmung der Nachhaltigkeit durch Öffentlichkeitsarbeit voranzubringen. Gemäß den Kennzahlen für das Jahr 2024 wurden dabei elf Projekte bzw. Aktionen und neun öffentlichkeitswirksame Maßnahmen umgesetzt. Es bestehen 2.350 Newsletter-Abonnements, und bei den Großveranstaltungen wurden 31.100 Personen erreicht.

Gleichzeitig hat sich im ersten Jahr meiner Amtszeit gezeigt, dass die Landesregierung unter anderem mit dem Bündnis für Nachhaltigkeit, der Nachhaltigkeitsstrategie mit einer Geschäftsstelle in unserem Ministerium, der Initiative für nachhaltiges Wirtschaften und der Umweltallianz sowie deren nachgeordneten Arbeits- und Gesprächskreisen über vielfältige Strukturen im Bereich der Nachhaltigkeit und der Förderung nachhaltigen Wirtschaftens verfügt. Diese Struktur bietet Effizienzpotenziale und ermöglicht die Nutzung von Synergieeffekten.

Viele Gespräche mit beteiligten Akteuren haben dabei bestätigt, dass hier in verschiedenen Strukturen die gleichen Ziele verfolgt und oftmals sehr ähnliche Inhalte in vergleichbaren Besetzungen beraten werden. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie und den themenverwandten Gremien betraute Experten in unserem Haus schildern mir in dem Zusammenhang ein seit Jahren bestehendes latentes Problem im Hinblick auf die zu große Anzahl an Schnittstellen und die damit verbundenen Reibungsverluste innerhalb des Ressortbereichs. Dies wird auch von vielen Praktikern und den Mitgliedern der Gremien selbst bestätigt, die die Beratungen teilweise als wenig zielgerichtet und zunehmend redundant wahrnehmen.

Zudem ist festzustellen, dass die verausgabten Mittel fast ausschließlich an externe Projektbegleiter und Werbeagenturen zur Organisation von Veranstaltungen und zur Produktion von Werbemitteln verwendet worden sind. Diese immensen Ausgaben haben wir nun auf den Prüfstand gestellt.

Wir haben uns daher entschieden, die verschiedenen Aktivitäten in unserem Ministerium stärker zu bündeln und Synergien zu nutzen, um die Gremienarbeit im Sinne der Nachhaltigkeit effektiver zu gestalten.

Wir halten es im Sinne der Bürgerinnen und Bürger für eine richtige Prioritätensetzung, zunächst an den Ausgaben für derartige Doppel-, Dreifach- und Vierfachstrukturen zu sparen, um wichtige

Unterstützungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger oder die Unternehmen in unserem Land aufrechtzuerhalten.

Deshalb möchten wir unsere wichtige Arbeit in diesem Bereich schlagkräftiger und zugleich kostengünstiger aufstellen. Doppelstrukturen werden wir abschaffen, um damit Synergieeffekte zu heben und Ausgaben einzusparen. Wir sind überzeugt, dass es der Durchsetzung der Nachhaltigkeitsziele besser dient, wenn ein Gremium die verschiedenen Interessen bündelt und einheitlich vertritt, als wenn mehrere Gremien nebeneinander arbeiten. Damit kann und muss auch eine finanzielle Einsparung einhergehen, weil ähnliche Fragestellungen nicht mehrfach und aneinander vorbei beraten werden.

Dieser Prozess der Neuaufstellung und Stärkung ist gerade angelaufen, und es können an dieser Stelle noch keine Ergebnisse vorweggenommen werden.

Unser grundsätzliches Ziel ist es, unter anderem die Umweltallianz Hessen aufzuwerten und der Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen unter ihrem Dach eine noch stärkere Orientierung an den Praktikern und Betroffenen zu ermöglichen. Sie soll zu einer einheitlichen Dialog- und Kooperationsplattform zwischen Wirtschaft, Politik, gesellschaftlichen Akteuren und Verwaltung weiterentwickelt werden, die die Tätigkeit der bisherigen Mehrfachstrukturen bündelt.

In diesem Zuge werden wir auch die Kosten-Nutzen-Relation aller von diesen Gremien betreuten kostenintensiven Großveranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit, zu denen auch der Aktionstag der Nachhaltigkeit gehört, einer Prüfung unterziehen und innerhalb der Strukturen mit den Praktikern bewerten, welche Angebote mit welchem Mitteleinsatz fortgeführt werden.

Auch in der Struktur unseres Hauses haben wir entsprechende Anpassungen vorgenommen. Das zuständige Referat wurde zum 1. Januar 2025 aufgrund der engen Sachzusammenhänge mit den Planungs- sowie den fachübergreifenden Umweltangelegenheiten zusammengelegt. Auch hiervon verspreche ich mir Synergieeffekte durch die Bündelung von Aufgaben und die Verminderung von Reibungs- und Abstimmungsverlusten.

2023/2024 befanden sich neben der Referatsleitung acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Referat „Nachhaltigkeitsstrategie“. Im neuen Referat „Nachhaltigkeit, Planungsangelegenheiten und fachübergreifende Umweltangelegenheiten“ befinden sich zusätzlich zur Referatsleitung sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Frage 4: Wann kommt der nächste Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie?

Frage 5: Wird diese Berichterstattung zur Nachhaltigkeitsstrategie auch künftig in bisheriger Form und Regelmäßigkeit erfolgen?

Die beiden Fragen würde ich auch gern zusammen beantworten:

Nach dem Fortschrittsbericht 2022 und der Ergänzungsausgabe dazu aus dem Jahr 2023 befindet sich der Fortschrittsbericht 2024 turnusgemäß zurzeit in der abschließenden Phase und wird zeitnah – voraussichtlich im zweiten Quartal 2025 – erscheinen.

Ob diese Form der Fortschrittsberichterstattung im bisherigen Umfang zukünftig erforderlich ist, wird innerhalb der weiterentwickelten Gremien zu beraten sein. Dieser Entscheidung will ich – insbesondere angesichts der Tatsache, dass der nächste Bericht turnusgemäß erst im Frühjahr 2027 erscheinen würde – heute nicht vorgreifen.

Frage 9: Wie viele Einstiegsberatungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zum Thema nachhaltiges Wirtschaften sind 2025 im Vergleich zu 2023/2024 geplant?

Gemeinsam mit den Wirtschafts- und Landnutzungsverbänden werden wir im Rahmen der Nachfolgestrukturen des Bündnisses für Nachhaltigkeit weitere Beratungsbedarfe abstimmen und zielgruppenspezifische Angebote prüfen. Es ist daher derzeit noch nicht abschließend entschieden, ob und wie dieses Angebot vom HMLU weiter aufgelegt wird.

Frage 18: Warum plant die Landesregierung laut Kennzahlen (Soll 2025) eine Halbierung der Newsletter-Abonnements?

Newsletter verlieren aufgrund des veränderten medialen Nutzungsverhaltens zunehmend an Bedeutung für die Information der Öffentlichkeit und werden weniger nachgefragt. Zudem werden, wie in den vorherigen Antworten dargelegt, weniger kostenintensive Großveranstaltungen stattfinden, auf denen das Abonnement beworben wird. Bis zu einer Entscheidung über die Fortsetzung der Veröffentlichung werden wir auf eine kostenintensive Bewerbung des Newsletters verzichten. Wir rechnen daher mit sinkenden Zahlen.

Frage 20: Welche Maßnahmen im Bereich der außerschulischen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden aufgrund der Haushaltskürzungen nicht fortgesetzt oder reduziert?

Frage 21: Wird der Pakt für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Hessen fortgesetzt?

Frage 22: Welchen Schwerpunkt soll er 2025 haben, und wie viele Gelder stehen zur Verfügung?

Frage 23: Sollen die neun regionalen BNE-Netzwerke fortbestehen?

Frage 24: In welcher Form und in welchem Umfang werden sie in Zukunft unterstützt?

Zusammenfassende Antwort:

Die Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums in der außerschulischen Bildung für nachhaltige Entwicklung werden grundsätzlich inhaltlich weiter fortgesetzt. Die hohe Qualität bleibt dabei erhalten. Im Haushaltsplanentwurf für 2025 sind im entsprechenden Förderprodukt steigende Mittel vorgesehen, die entsprechende Bewilligungen ermöglichen.

Gleichzeitig bietet das Auslaufen mehrerer Projekte und des BNE-Paktes insgesamt Ende 2024 die Chance, Maßnahmen neu zu strukturieren und auch hier inhaltlich, organisatorisch und finanziell Effizienzgewinne zu erzielen. Wir werden daher den BNE-Pakt und die BNE-Netzwerke in

einer Fördermaßnahme zusammenfassen. Die Schwerpunkte orientieren sich an den Themenfeldern unseres Ressorts.

Für diese Maßnahme stehen im Haushaltsentwurf bis zu 330.000 Euro und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung, die eine Fortsetzung der wichtigen Arbeit in der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit stabilen Förderansätzen ermöglichen. Es findet damit keine Reduzierung der bisher vorgesehenen Förderung für die BNE-Netzwerke statt.

Wir legen dabei neben den genannten Projektstrukturen auch einen Schwerpunkt auf praktische BNE-Arbeit und sehen unter anderem Bäuerinnen und Bauern zum Beispiel im Rahmen des erfolgreichen Programms „Bauernhof als Klassenzimmer“ als wichtige Multiplikatoren bei der Bildung für Nachhaltigkeit für Kinder und Jugendliche. Diese Angebote werden wir daher stärken.

Frage 25: In der kursorischen Lesung wurden Kürzungen beim Schuljahr der Nachhaltigkeit angekündigt. Wo konkret soll wie viel gespart werden?

Frage 26: Welche Auswirkungen hat dies auf das Angebot für Schulen?

Zusammenfassende Antwort:

Die Inhalte des Schuljahrs der Nachhaltigkeit bleiben erhalten und werden weiterhin vermittelt.

Das im Jahr 2020 gestartete Projekt „Schuljahr der Nachhaltigkeit 3.0“ ist zwar plangemäß Ende 2024 ausgelaufen, es sind aber vielfältige Schritte für die weitere flächenhafte Umsetzung unternommen worden. So wurden insgesamt hessenweit 35 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Durchführung des Schuljahrs der Nachhaltigkeit qualifiziert.

Damit diese und weitere Schulen künftig selbstständig das Schuljahr der Nachhaltigkeit durchführen können, wurden im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums die umfangreichen Materialsammlungen aller neun Lernwerkstätten des Schuljahrs der Nachhaltigkeit vervielfältigt, sodass nun hessenweit in allen Umweltbildungszentren aus dem Programm „Umweltschule“ ein kompletter Materialsatz zur Ausleihe durch Lehrkräfte und Multiplikatoren zur Verfügung steht.

Damit ist landesweit eine tragfähige Grundlage und eine gute Ausstattung in der Fläche zur Umsetzung des Schuljahrs der Nachhaltigkeit geschaffen worden. Lediglich die Durchführungen des Schuljahrs der Nachhaltigkeit durch externe Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Rahmen des Unterrichts werden vom Landwirtschaftsministerium nicht mehr finanziert. Die Strukturen und Materialien stehen interessierten Schulen aber weiterhin zur Verfügung.

Abgeordnete **Martina Feldmayer:**

Erst mal vielen Dank für die ausführliche Beantwortung jeder einzelnen Frage, die Sie nicht gegeben haben. Daran sieht man leider auch den Stellenwert, den die Nachhaltigkeitsstrategie bei dieser Landesregierung hat.

Sie haben auch nicht die Frage nach den neuen politischen Schwerpunktsetzungen beantwortet. Ich lese gern einmal vor, was in dem Entwurf des Haushalts drinsteht. Bei Kapitel 09 21 Produkt 011 „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ steht:

„Aufgrund neuer politischer Schwerpunktsetzung werden die Maßnahmen in diesem Produkt nicht fortgeführt. Die Mittel dienen der Restabwicklung bereits bewilligter Maßnahmen.“

Dann haben Sie vorgelesen, die Nachhaltigkeitsstrategie sei trotzdem wichtig. Das passt nicht zusammen. Wenn Ihnen die Nachhaltigkeitsstrategie etwas wert ist, dann würden Sie die auch weiterhin finanziell entsprechend ausstatten; aber es wird auf null gesetzt. Also, da stimmt irgendetwas nicht.

Die neuen politischen Schwerpunkte haben Sie jetzt auch nicht genannt, was stattdessen gemacht werden soll. Wir haben auch festgestellt, dass ein Jahr lang nichts gemacht worden ist bei Umwelt- und Klimaschutz, und bei Nachhaltigkeit auch nichts.

Ich muss mich auch sehr wundern, dass ein CDU-Minister das, was einmal Roland Koch auf den Weg gebracht hat, nämlich die Nachhaltigkeitsstrategie, so sang- und klanglos beerdigen will. Denn bei dem, was Sie gesagt haben, hat man gesehen: Es gibt überhaupt keinen Plan dafür, was Sie damit vorhaben. Stattdessen streichen Sie einfach die Gelder.

Es ist wirklich bitter: 80 % der Menschen in Hessen haben zugestimmt, dass Nachhaltigkeit Staatsziel sein soll, und es wird einfach gnadenlos gestrichen und abgewickelt. Ich bin wirklich entsetzt, meine Fraktion ist darüber entsetzt.

Die erste Frage war nach der neuen politischen Schwerpunktsetzung. Meine nächste Frage wäre dann natürlich: Ist das alles in den Gremien diskutiert worden und auch kommuniziert worden, dass die Nachhaltigkeitsstrategie so eingedampft werden soll? Denn, ich glaube, ein Auftrag, den Sie sich selbst gegeben hatten als Koalition, als neue Landesregierung, war auch, mit den Menschen zu reden, mit den Betroffenen zu reden. Soweit ich weiß – Herr Müller war das letzte Mal dabei –, ist das überhaupt nicht thematisiert worden; und jetzt werden die Gelder gestrichen. Ich finde, das kann wirklich nicht sein, was Sie da vorhaben, und ich hoffe, dass es da noch Änderungen im Haushalt geben wird. Da schaue ich mal in Richtung der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber im Klaren sind, was das bedeutet, wenn die Gelder hier gestrichen werden, was das für die Netzwerke und die Multiplikatoren bedeutet, die dort vertreten sind. Daher erst mal diese zwei Fragen. Ich hoffe, dass wenigstens die beantwortet werden.

Minister Ingmar Jung:

Frau Abgeordnete Feldmayer, natürlich beantworte ich die Fragen gern, auch wenn ich Ihnen nichts wesentlich anderes sagen werde, als ich das eben getan habe.

Ich kann Ihnen noch einmal versichern, dass Nachhaltigkeit für uns eine ganz besondere Rolle spielt. Wir haben gerade gestern im Kabinett beschlossen, einen starken Fokus auf regionale

Produktion, regionale Verarbeitung zu legen, was im Sinne der Nachhaltigkeit das Beste ist, was man in der Landwirtschaft tun kann. Wir haben beschlossen, im Hessenfonds Unterstützungsmaßnahmen in der Wirtschaft für Dekarbonisierung, für Energieeffizienzprojekte zur Verfügung zu stellen.

Auch bei uns im Bereich, wenn Sie es an der Frage der Schwerpunktsetzung festmachen: Die andere politische Schwerpunktsetzung ist darin zu sehen, dass wir die Strukturen bündeln, zusammenfassen und effizienter gestalten wollen. Wir haben an vielen Stellen viel Geld ausgegeben, das nicht zielgerichtet eingesetzt war. Und wir haben an vielen Stellen Doppel-, Dreifach- und Vierfachstrukturen aufgebaut, die nebeneinander gearbeitet haben und mehr zu Reibungsverlusten geführt haben, als dass sie in eine Richtung gearbeitet hätten. Deswegen haben wir uns jetzt fest vorgenommen, das zusammenzuführen und effizient im Sinne der Nachhaltigkeit mit denen, die es vor Ort umsetzen wollen, Ziele zu erarbeiten, Projekte zu erarbeiten und die entsprechenden Fördermaßnahmen zu strukturieren.

Wir versprechen uns davon gerade nicht eine Beendigung der Nachhaltigkeitsförderung, sondern eine Verbesserung und am Ende eine Stärkung dieses Bereichs. Das mögen Sie politisch anders sehen, dass Sie sagen, es muss genau dieses Gremium bestehen, das vorher bestanden hat. Wir haben das jetzt aus diesem Titel herausgenommen, bündeln das aber an anderer Stelle und haben auch bei uns im Ministerium die unterschiedlichen Aufgaben in einem Referat gebündelt, damit das in Zukunft schlagkräftig aus einer Hand und in eine Richtung bearbeitet werden kann.

Natürlich haben wir mit ganz vielen Partnern und Playern, vor allem mit Betroffenen, mit vielen Beteiligten, in den unterschiedlichen Gremien darüber gesprochen und haben sehr oft die Rückmeldung bekommen, dass unheimlich viele Redundanzen bestehen, was dazu geführt hat, dass wir diese Entscheidung so getroffen haben.

Der Beirat für Nachhaltigkeit, den Sie ansprechen, bei dem Herr Müller auch da war, wenn ich es richtig im Kopf habe – hinterm Schlossplatz haben wir getagt –, war in der Tat ein Gremium, das relativ früh im Jahr getagt hat. Da gebe ich zu, dort haben wir nicht offen diskutiert, ob wir das verändern, weil ich es da noch nicht beurteilen konnte. Wir machen das so, wie wir es bei vielen Dingen gemacht haben: Wir schauen uns erst einmal alles an, unterhalten uns mit denen, schauen, wie es funktioniert, und bewerten es danach neu. Deswegen hatte ich noch keine Gelegenheit, genau in diesem Gremium die Frage unmittelbar zu erörtern.

Abgeordneter **Alexander Hofmann (Wiesbaden)**:

Ich habe noch eine Frage. Sie haben sehr schnell vorgelesen, deswegen konnte ich nur einzelne Punkte gerade so mitschreiben. Aber was mir aufgefallen ist, was auch gerade eben bei den Ausführungen zu der Nachfrage noch einmal gekommen ist: Verschiedene Strukturen, die gleiche Ziele verfolgen, waren das eine Thema, und dann vor allem das Thema Effizienz. Nur ein paar Stichworte: Doppelstrukturen, finanzielle Einsparungen, Kosten-Nutzen-Relation. Da frage ich mich: Wo ist das Geld dann eigentlich hingeflossen? Wenn man davon spricht, es gab mehrere Projekte: Was haben wir daraus in der Zwischenzeit alles finanziert? Kam das Geld tatsächlich

bei der Nachhaltigkeit an, oder wurde das ausgegeben – so habe ich das eben zumindest kurz gehört – für schöne Projekte in dem Sinne, aber wenig für Klimaschutz oder für Nachhaltigkeit getan?

Minister Ingmar Jung:

Herr Abgeordneter, zunächst entschuldige ich mich fürs schnelle Vorlesen. Ich habe versucht, mich etwas zu zügeln. Ich habe einmal drei Jahre in einer Notariatskanzlei gearbeitet; da liest man noch viel schneller vor. Deshalb habe ich versucht, das in angemessenem Zeitrahmen halbwegs verständlich zu machen. Aber dafür haben wir die Gelegenheit, miteinander zu diskutieren.

Zu den Mehrfachstrukturen: Wir haben in dem Bereich der Transformation zwischen Nachhaltigkeitszielen und Nutzern vor Ort, also der Wirtschaft, Landnutzungsverbänden und Ähnlichen, verschiedenste Strukturen. Wir haben den Nachhaltigkeitsbeirat, die Initiative für nachhaltiges Wirtschaften und die Umweltallianz hauptsächlich, und das dann noch teilweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, und das Wirtschaftsministerium hat auch noch zwei Gremien, die das bearbeiten. Deswegen haben wir in der Tat viele Strukturen, die dort nebeneinander arbeiten.

Ich habe gesagt, dass letztlich oft Dritte Gelder bekommen haben. Wenn man sich das anschaut – ich kann es für 2024 sagen –: Da haben wir für die Nachhaltigkeitsstrategie 877.000 Euro ausgegeben. Einmal haben wir eine Beratungsgesellschaft beschäftigt, die für die Unterstützung bei Konzeption, Organisation, Durchführung und Dokumentation der Gremiensitzungen und Kommunikationsarbeit für uns eingesetzt war. Die hat von den 877.000 Euro 633.000 Euro bekommen.

(Zurufe CDU: Oh!)

Wir hatten einen Vertrag bis 30.09., der ist jetzt ausgelaufen. Allein diese Gesellschaft hat für ihre Unterstützung und Beratung unseres Ministeriums pro Monat im Schnitt 70.000 Euro abgerechnet. Dann haben wir eine Werbeagentur beschäftigt für 22.000 Euro. Dann haben wir eine GmbH beschäftigt, die Workshops veranstaltet, für 45.000 Euro. Das Statistische Landesamt hat für die Erstellung des Fortschrittsberichts 32.000 Euro abgerechnet. Dann haben wir eine Beratungsgesellschaft für Einstiegsberatung beschäftigt, die hat 108.000 Euro abgerechnet. Dann gibt es einige Werbemittel: Trinkflaschen für 4.000 Euro, Memoryspiele für 5.000 Euro.

An den Zahlen sehen Sie schon, dass da nicht mehr viel übrig bleibt. An direkter Förderung gibt es noch, das ist sehr schön, die Aktion für Schulen und Kindergärten, die sich bei „Sauberhafter Schulweg“ und „Sauberhafter Kindertag“ beteiligt haben. Die dort ausgezeichneten Projekte haben jeweils 200 Euro bekommen. – Das ist im weiten Sinne die Verteilung der Gelder.

Abgeordneter Alexander Hofmann (Wiesbaden):

Ich habe das jetzt nur kurz überschlagen, aber Sie haben es auch selbst gesagt: Von den 877.000 Euro sind, grob überschlagen, allein schon über 700.000 Euro nicht für Nachhaltigkeit, sondern nur für Agenturen, Werbung etc. ausgegeben worden. Stimmt das?

Minister Ingmar Jung:

Ja, annähernd alles ist dafür ausgegeben worden. Das war nun die Strategie. Das kann man unterschiedlich bewerten, dass man sagt, man braucht Öffentlichkeitsarbeit, man braucht Konzeption, man braucht Durchführung. Darüber kann man streiten. In der Sitzung, bei der Herr Müller und ich waren, war die erste Frage, die ich mir gestellt habe – ich sollte die Sitzung leiten –, warum dort ein externer Moderator beschäftigt wird, der jedes Mal dem Sitzungsleiter das Wort gibt, damit er jemand anderem das Wort gibt. Ich glaube, dass das nicht sein muss. Aber das war bisher die Strategie, dass man vor allem in diesem Bereich über viel Beratung, viel Konzeptionsunterstützung, viel Öffentlichkeitsarbeit möglicherweise Bewusstsein schaffen wollte. Aber die Gelder, von denen es jetzt heißt, dass die alle gestrichen wurden, wurden annähernd ausschließlich für Dienstleister verwendet.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Jetzt haben Sie moniert – so habe ich Sie verstanden –, dass das alles viel Geld gekostet hat. Inhaltlich haben Sie immer noch nicht gesagt, wohin Sie wollen. Die Kollegen haben sich darüber amüsiert, dass das Geld kostet.

(Abgeordnete Lena Arnoldt: Für eine Beratungsgesellschaft! Darüber amüsieren wir uns!)

Natürlich kosten die Workshops Geld – das ist jetzt auch nichts Neues, Frau Arnoldt –, und die Anmietung von Räumen kostet Geld. Die Frage ist natürlich: Soll das jetzt Ihr Ministerium alles selbst machen, oder finden überhaupt keine Beratungen mehr statt?

Dann möchte ich Sie auch noch korrigieren: Es gibt keinen Nachhaltigkeitsbeirat mehr, schon lange nicht mehr. Das heißt jetzt Hessisches Bündnis für Nachhaltigkeit. 2018, also nach zehn Jahren, gab es eine Peer Review, genau aus dem Grund, weil man gesagt hat – es ging jetzt nicht um die Kosten oder sonst wie –, dass man effizienter wird und dass man die Nachhaltigkeitsstrategie auch überprüfen kann. Dann wurde gesagt: Wir müssen schauen, dass wir Indikatoren schaffen, um zu überprüfen, ob die 17 Nachhaltigkeitsziele erreicht werden. – Denn darum geht es doch, um die Nachhaltigkeitsziele, um nichts anderes.

Sie machen hieraus jetzt irgendetwas – ich weiß nicht, was. Ich habe den Eindruck, Sie ziehen das Ganze ins Lächerliche.

Wenn wir jetzt bei dem Thema sind „Was kostet wie viel?“, würde ich gern noch einmal fragen: Was hat jetzt der Stand auf der Grünen Woche gekostet, den die Hessische Landesregierung dort hatte? Hat der auch nichts gekostet, haben das alles Ihre Mitarbeiter gemacht, wenn Sie überall sparen wollen?

Ich verstehe Ihre Argumentation nicht. Bisher habe ich nur verstanden: Synergien, Kosten sparen, aber keine inhaltliche Ausrichtung. Wie ich verstanden habe, wird es 2025 gar nichts geben, weil Sie jetzt erst mal überlegen – und Sie sind schon ein Jahr im Amt –, wie es weitergehen soll. Ich finde, das ist kein Umgang mit den Menschen, die sich seit Jahren dort engagieren. Ich muss

noch einmal ganz deutlich sagen: Ich finde das einen ganz schlechten Umgang, einen schlechten Stil. Die Arbeit dort lächerlich zu machen, finde ich auch ungeheuerlich. Wenn Sie sagen, der Fortschrittsbericht hat Geld gekostet, frage ich Sie: Möchten Sie den Fortschrittsbericht auch nicht mehr fortsetzen?

(Minister Ingmar Jung: Ich habe die Frage beantwortet!)

Das hat sich für mich jetzt so angehört, als sollte das alles nicht mehr fortgesetzt werden; und das sagt auch der Haushaltsentwurf.

Von daher noch eine Frage zum Thema Fortschrittsbericht und Leistungsindikatoren. Wenn Sie sich das anschauen: Wir haben in Hessen Leistungsindikatoren für die verschiedenen Nachhaltigkeitsziele, um zu überprüfen, ob die Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie wirken. Es geht doch darum, dass wir etwas verändern und dass wir nachhaltig werden. Um das zu überprüfen, dafür gibt es die Indikatoren. Wenn jetzt auch dieser Fortschrittsbericht gestrichen werden soll, haben wir keine Möglichkeit mehr, das zu überprüfen. Herr Grumbach von der SPD hat immer gesagt – das habe ich jetzt noch im Ohr –: Wir müssen auch überprüfen, was wir machen. – Deswegen ist dieser Fortschrittsbericht, der erstellt wird, auch so wichtig.

Zum Thema nachhaltige Landwirtschaft – das ist auch ein Teil dessen, was wir erreichen wollen – steht drin: Wir wollen bis 2025 25 % der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaften. Das steht noch in der Nachhaltigkeitsstrategie und in der Leistungsüberprüfung. Dazu noch einmal die Frage: Wie passt das mit Ihrer Politik zusammen? Wird das auch gestrichen?

Dann gibt es noch den Hinweis, und Sie haben es auf der Landwirtschaftlichen Woche Südhessen angesprochen, Herr Minister, dass wir in der nachhaltigen Landwirtschaft weniger Flächen verbrauchen wollen. Denn der Flächenfraß macht die Betriebe kaputt, die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen natürlich Boden. Hierzu steht drin, dass wir ein Flächenziel in Hessen haben. Das taucht im Koalitionsvertrag nicht auf, Sie haben es auch nicht angesprochen. Ob das Flächenziel erreicht werden kann, ist ein Leistungsindikator im Fortschrittsbericht. Dazu meine Frage: Soll das auch gestrichen werden, oder soll es überhaupt keine Ziele mehr geben? Wie soll es denn da weitergehen?

Minister Ingmar Jung:

Frau Feldmayer, ich möchte zunächst einmal feststellen: Ich habe hier nichts lächerlich gemacht. Ich habe mir erlaubt, die Frage des Abgeordneten Hofmann zu beantworten. Das muss schon zulässig sein, dass auch ein Abgeordneter, der nicht Ihrer Fraktion angehört, eine Frage stellt und die dann beantwortet wird.

Ja, ich habe nie gesagt, dass das kein Geld kostet. Aber ich finde schon, man kann die Frage stellen, wenn 877.000 Euro zur Verfügung stehen, ob das Geld dann effizient und zielgerichtet eingesetzt ist, wenn eine Beratungsgesellschaft, die hauptsächlich bei der Durchführung von Sitzungen unterstützt, davon 633.000 Euro bekommt. Die Frage muss an der Stelle doch gestattet sein. Ich habe nichts lächerlich gemacht. Ich habe die Frage gestellt, ob man Mittel effizienter

einsetzen kann im Sinne der Nachhaltigkeit. Das werden wir auch weiter tun. Sie haben eben selbst gesagt, man muss sich gelegentlich überprüfen. Ob das mit irgendwo festgeschriebenen Zielen und Indikatoren immer am besten funktioniert, das wird sich zeigen.

Sie haben jetzt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, auch angesprochen, ob wir an der Ökolandquote festhalten wollen. Nein, an der halten wir nicht fest – das haben wir im Plenum mehrmals miteinander diskutiert –, weil die eben nicht funktioniert. Wir haben in den letzten Jahren massive Ökolandförderung betrieben, die wir übrigens nicht gekürzt haben und nicht eingestellt haben. Die absoluten Zahlen in der Ökolandquote sind über den Zeitraum der letzten zehn Jahre leicht hochgegangen, im letzten Jahr unter Schwarz-Grün sogar um 0,2 % zurückgegangen, trotz der massiv hohen Förderung. Alle Ziele, die sich die Vorgängerregierung dort immer selbst aufgeschrieben hat, sind bei Weitem verfehlt worden, weil der Staat nur begrenzten Einfluss auf die unternehmerische Entscheidung hat, die vor Ort getroffen wird.

Deshalb halten wir es nicht für sinnvoll, an Quoten festzuhalten, die niemand erfüllen kann. Auch das gehört zur Wahrheit: Der hessische Anteil an der bundesweiten Ökolandquote ist in den letzten zehn Jahren trotz massiver Förderung von Jahr zu Jahr geringer geworden, zurückgegangen. Das zeigt, dass das Festhalten an irgendwelchen Zielen, die man gut finden mag, am Ende nicht immer zielführend ist. Deswegen – aber das wissen Sie ja –: Nein, an dieser Quote werden wir nicht festhalten.

Der Fortschrittsbericht wird jetzt erstellt. Dann werden wir sehen, was darin steht. Dem kann und will ich hier nicht vorgreifen. Ich habe Ihnen auch gesagt, dass wir dann gemeinsam beraten, in welcher Form wir diese Berichterstattung weiter fortsetzen.

Zum Flächenverbrauch: Da bin ich wirklich völlig unverdächtig. Ich werde mich weiterhin massiv dafür einsetzen, ich werde weiterhin massiv dafür kämpfen, dass Projekte wie zum Beispiel Rhein-Main-Link nicht zu massiv in den Flächenverbrauch eingreifen, den wir schon haben. Ich weiß, dass Kollegen aus anderen Arbeitskreisen – jedenfalls auf dieser Seite des Saales – nicht immer alle mit uns einer Meinung sind: Ich finde, Fotovoltaik, bei der wir wichtige Ziele haben, gehört zunächst einmal aufs Dach und auf die privilegierte Fläche. Auf gut nutzbare landwirtschaftliche Fläche gehören nicht überall große Freiflächen-Fotovoltaikanlagen, weil wir in der Landwirtschaft ein massives Flächenproblem haben und die Fläche brauchen. Ich werde weiterhin für den Erhalt landwirtschaftlicher Fläche kämpfen. Da werden wahrscheinlich sogar Sie mir zugestehen, dass ich da recht unverdächtig bin.

Vorsitzende:

Der Kollege Lichert hat sich gemeldet. Er ist kein Mitglied dieses Ausschusses. Deswegen muss ich vorher fragen, weil die AfD mit vier Abgeordneten da ist, wer sein Rede- und Stimmrecht abtritt.

(Gerhard Schenk (Bebra) (AfD): Ich trete zurück!)

– Herr Schenk, okay. – Dann Herr Lichert, bitte.

Abgeordneter Andreas Lichert:

Danke sehr, Frau Vorsitzende. – Es ist nie zu spät, dazuzulernen. Insofern ist klar, dass gerade so ein Begriff wie die Nachhaltigkeitsstrategie immer wieder Gegenstand von – wie soll ich sagen? – Feedbackschleifen sein muss. Ich denke, eine Nachhaltigkeit, die zunächst einmal dafür sorgt, dass nachhaltig die Wirtschaft geschädigt wird und dass nachhaltig die öffentlichen Haushalte zerrüttet werden, kann man niemandem erklären. Deswegen muss gerade unter dieser Überschrift sehr seriös gearbeitet werden.

Ich möchte jetzt aber gar nicht diese sehr abstrakte Diskussion führen, sondern eher ins Konkrete gehen. Auch wenn man sich die 17 SDGs anschaut, gibt es da Zielkonflikte; das kann keiner ernsthaft bestreiten. Dann ist es die Aufgabe der Politik, diese Zielkonflikte möglichst vernünftig aufzulösen.

Daher meine konkrete Frage, Herr Minister: Es ist auch so, dass zwischen Umweltschutz und Klimaschutz Interessenkonflikte bestehen. Inwiefern ist auch das jetzt Teil gewissermaßen einer Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie? Bemüht sich die Landesregierung aktiv darum? Gibt es aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre Erfahrungswerte, die Sie hier mit uns teilen können? Oder ist es eher Aufgabe der nachgelagerten Behörden, beispielsweise im Rahmen von Genehmigungsverfahren, genau diesen Ausgleich zu schaffen?

Minister Ingmar Jung:

Sowohl – als auch. Es kommt immer darauf an, worauf es ankommt. Es gibt manchmal in Genehmigungsverfahren direkte, konkrete Detailprobleme, die natürlich vor Ort gelöst werden. Aber wir betrachten in allen Bereichen Projekte immer ganzheitlich. Wenn Zielkonflikte entstehen, ist es gerade Aufgabe von solchen Gremien, solchen Strategien, diese Zielkonflikte zu behandeln und zu lösen. In dem Sinne werden wir das auch in einer – ich kenne den Namen noch nicht – Nachhaltigkeitsallianz oder doch Umweltallianz, oder wie auch immer, weiter bearbeiten und tun das die ganze Zeit auch schon. Die Umweltallianz arbeitet nach wie vor weiter. Die Geschäftsstellen gibt es beide noch, die werden immer mehr zusammengeführt. Genau dort werden diese Strategien verfolgt.

Noch einmal: Wir als Landesregierung wollen gerade nicht immer nur ein Ziel beachten, nur mit einer Gruppe reden und in eine Richtung arbeiten, sondern betrachten alle Projekte, alle Problemstellungen, alle Zielkonflikte immer ganzheitlich und werden das auch im Rahmen dieser Strategie so weiterverfolgen.

Abgeordnete Lena Arnoldt:

Einige meiner Fragen haben sich jetzt schon ergeben. Nichtsdestotrotz, glaube ich, muss man noch zwei Sätze dazu sagen. Hier will niemand irgendetwas ins Lächerliche ziehen; das weise ich vehement zurück. Aber man darf schon mal seine Verwunderung darüber kundtun, dass Mittel, die für die Nachhaltigkeit eingesetzt werden sollen – ich habe mir 877.000 Euro notiert –, zu

70 %, also über 600.000 Euro, in eine Beratungsgesellschaft laufen und dass am Ende der Aufzählung dieser finanziellen Mittel 200 Euro Preisgeld für ein tolles Projekt wie der „Sauberhafte Schulweg“ übrig bleiben. Diese Verwunderung darf man äußern. Ich glaube, das ist vollkommen legitim, und das zeigt auch sehr deutlich das Handeln des Ministeriums an dieser Stelle. Wir haben gehört, es gibt Doppel-, Dreifach-, Vierfachstrukturen. Es wird versucht, Synergien aufzuzeigen und das Ganze zu bündeln, dass am Ende – das sollte auch Ihre Zielrichtung sein – die finanziellen Mittel, die wir zur Verfügung stellen, auch in echten Nachhaltigkeitsprojekten und nicht in einer einzelnen Beratungsgesellschaft für Kommunikation verwandt werden. Das muss man hier heute noch einmal festhalten.

Ich werde da jetzt noch einmal nachhaken. Ich bin mir nicht sicher – Fragen kann man stellen –, ob man jetzt Antworten bekommen kann, weil wir uns in einer öffentlichen Sitzung befinden. Aber uns würde schon interessieren, welche Beratungsgesellschaft das ist, weil immer die Rede von einer Beratungsgesellschaft ist. Ich weiß nicht, ob wir das im Rahmen der Transparenz und des Datenschutzes so hinbekommen. Aber es weckt doch mein Interesse, und dann hätte ich diese Frage gern beantwortet, sofern möglich.

Minister Ingmar Jung:

Ich verstehe das Interesse. Ich habe das jetzt nicht zu Ende geprüft; das machen wir gern noch. Aber ich würde mich im Moment nicht in der Lage sehen – das sind Verträge, die im Ministerium geschlossen sind –, den Vertragspartner hier zu nennen. Wir prüfen gern, ob das gegenüber Abgeordneten möglich ist. Aber in öffentlicher Sitzung sehe ich mich im Moment nicht dazu in der Lage; da bitte ich um Nachsicht.

Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):

Auch von meiner Seite vielen Dank für die Beantwortung. – Ich möchte zunächst zu einigen Dingen noch eine Anmerkung machen.

Herr Minister Jung, Sie haben jetzt mehrfach hier im Raum gesagt, es habe eine massive Förderung des Ökolandbaus in Hessen gegeben. Das stimmt nicht. Ich weiß nicht, wer Sie da informiert. Hessen ist, was die Förderung des Ökolandbaus angeht, allenfalls Bundesdurchschnitt. Ich persönlich hätte mir eine höhere Förderung gewünscht, auch die GRÜNEN. Aber wir haben zehn Jahre lang eine Koalition mit der CDU gehabt, die an der Stelle sehr gebremst hat. Wir waren einfach nur Bundesdurchschnitt, und zwar die ganze Zeit. Deshalb verbitte ich mir, dass Sie immer wieder diese These aufstellen, hier sei der Ökolandbau massiv und über alle Maßen gefördert worden. Das ist der Sprech des Deutschen Bauernverbandes, warum auch immer er so etwas macht. Bitte übernehmen Sie das nicht. Schauen Sie in Ihrem Haus genau hin, was da tatsächlich passiert ist.

Dann noch einmal zu den Förderungen und zu den Veranstaltungen. Ich bin von Anfang an dabei gewesen; damals hieß es noch Nachhaltigkeitskonferenz, jetzt heißt es Bündnis für Nachhaltigkeit. Da wurde schon die Veranstaltung am 30.04. angesprochen, an der ich auch gewesen bin.

Ich finde, diese Gruppe, die dort getagt hat, die Sie in einer Presseerklärung als das höchste Entscheidungsgremium der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie bezeichnen, hätten Sie tatsächlich zwischen dem 30.04. und den Haushaltsberatungen oder da, wo ich zum ersten Mal im Haushaltsentwurf gesehen habe, da wird alles zusammengestrichen, zumindest unterrichten müssen, dass hier eine andere Schwerpunktsetzung erfolgen soll. Besser wäre gewesen, diese Gruppe einfach noch einmal einzuladen, dann ohne Moderator – das wäre billiger gewesen –, und mit dieser Gruppe darüber zu sprechen und vielleicht auch in ein, zwei Stunden zu reflektieren, wie wichtig diese Arbeit bisher war.

Was ich feststellen muss: Nirgendwo anders in Hessen bin ich derartig gut mit anderen Akteuren der Wirtschaft vernetzt worden. Da habe ich viele Kontakte geknüpft, die heute noch bestehen, zu denen ich sonst kaum Zugang gefunden hätte. Die sind bei diesen Sitzungen entstanden. Wenn das 600.000 Euro gekostet hat, finde ich es auch zu viel; aber den Ansatz finde ich gut. Warum muss da ein Moderator sein? Darüber kann man aber auch sprechen. Zu solchen Fragen wäre sicherlich auch diese Gruppe gesprächsbereit.

Ich denke an viele andere Dinge, die die Landesregierung macht, zum Beispiel, wo ich auch immer gewesen bin, den Hessenabend bei der Internationalen Grünen Woche oder das Hessenfest. Ich möchte einmal wissen, wenn man die Zahlen hier auf den Tisch legen würde, was dort an Geld investiert wird, wo ich sagen muss: Auch das ist wahrscheinlich wichtig, auch darüber kann man reden; das ist ein anderes Thema. Aber nirgendwo hat für mich eine Vernetzung mit wichtigen Wirtschaftsakteuren besser stattgefunden als bei diesen Bündnistagungen.

Dass die Einbindung nicht erfolgte, war der eine Punkt; den habe ich jetzt ausführlich angesprochen.

Dann möchte ich schon noch einmal auf die konkreten Ziele und Indikatoren zurückkommen, von denen Sie am Anfang gesagt haben, zu denen stehen Sie. Da heißt es tatsächlich im Leitsatz 14 zu dem SDG 2:

„Unsere Landwirtschaft erfüllt vielfältige Aufgaben ... Wir honorieren diesen Aufwand mit fairen Preisen und staatlicher Unterstützung.“

Wobei sich da die Frage aufdrängt, warum Sie bei den fairen Preisen nicht der Umsetzung des Artikels 148 GMO zustimmen. Aber das will ich hier nicht weiter diskutieren.

„Die Produkte der hessischen Landwirtschaft stammen aus nachhaltiger Bewirtschaftung, beispielgebend ist die ökologische Landwirtschaft.“

Dann werden Indikatoren genannt, und dann werden auch Ziele festgeschrieben. Sie können jetzt natürlich sagen, Sie haben sich von dem Ziel verabschiedet. Aber dann will ich noch einmal darauf hinweisen: Ein Ziel setzt man sich, um gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die zumindest dahin führen, dieses Ziel zu erreichen. Das ist mit der ganzen Nachhaltigkeit so. Nachhaltigkeit heißt im Prinzip, dass wir ressourcenschonend arbeiten und am Ende nicht mehr Ressourcen verbrauchen, als wir überhaupt zur Verfügung haben. Auch da geht es immer nur um Ziele für die nächsten Jahrzehnte.

Genauso ist es auch bei dem ökologischen Landbau. Es geht um Ziele. Der ökologische Landbau – das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen – ist ein Innovationstreiber für die gesamte Landwirtschaft. Fachleute an allen Agraruniversitäten sagen, dass man schon heute auf Herbizide gänzlich verzichten könne, ohne in eine großartige Ertragsdepression zu fallen. Das ist unter anderem ein Verdienst des Ökolandbaus, weil dort Maschinen für die chemiefreie Unkrautbekämpfung entwickelt wurden.

Meiner Meinung nach macht es Sinn. Ich finde, wenn Sie sich von dem Ziel verabschieden, dann hätten Sie an der Stelle auch die Gremien unterrichten müssen, dass das zukünftig nicht mehr gelten soll; und Sie hätten sich zumindest dem stellen sollen, was die anderen Akteure in diesem Bündnis dazu sagen.

Ein zweiter Indikator ist die Stickstoffbilanz. Die Stickstoffbilanz heißt: Wie viel Stickstoff wird in Hessen oder überhaupt mehr ausgebracht, als sich nachher in der Ernte wiederfindet? Da sind wir in Hessen schon besser als der Bundesdurchschnitt. Wenn man sich die Tabelle in dem Nachhaltigkeitsbericht anschaut, dann stellt man fest, dass dieser Abstand tatsächlich immer größer wird – an sich positiv. Da möchte ich einfach einmal nachfragen: Gilt dieses Ziel weiter für Sie? Wollen Sie weiter, dass der Stickstoffüberschuss in der hessischen Landwirtschaft zurückgefahren wird, und mit welchen Maßnahmen wollen Sie das unterstützen?

Dazu will ich gleich sagen: Der Aufbau von Messstellen für 2,5 Millionen Euro, die auch im Haushalt stehen, hilft in erster Linie nicht dabei, die Stickstoffbilanz zu verbessern, sondern dient allenfalls der Kontrolle. Aber welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch an dieser Stelle die Indikatoren zu erfüllen?

Minister Ingmar Jung:

Herr Müller, Sie entfernen sich ein bisschen von dem Dringlichen Berichts Antrag. Aber ich versuche es so gut wie möglich aus dem Stand zu beantworten, weil jetzt zweimal gefragt wurde, was die Hessenhalle auf der IGW gekostet hat. Ich habe eine Zahl im Kopf, ich weiß es nur nicht hundertprozentig. Darüber können wir gern reden. Ich würde es nur gern an dieser Stelle außen vor lassen.

Ich will nur eines betonen: Wir stellen die Vernetzung und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsakteuren und anderen gerade nicht ein, sondern wir wollen das effizienter gestalten. Das, was Sie schildern, dass in den Gremien, in den Plattformen Vernetzung stattgefunden hat, was an vielen anderen Stellen auch stattgefunden hat, soll gerade zusammengeführt und effizienter gestaltet werden. Deswegen verfolgen wir dieses Ziel natürlich auch weiter.

Auch die Unterstützung des Ökolandbaus werden wir weiter fördern. Ich kann jetzt nicht beurteilen, was „massiv“ und was „nicht massiv“ ist. Aber dass wir da jedenfalls in den letzten Jahren eine Prioritäten- und Schwerpunktsetzung hatten, wird sicher niemand bestreiten, auch bei der Förderung. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe: Bei der ersten Säule GAP hatten wir immer ein leicht stärkeres Profitieren von Ökobetrieben als von konventionellen; das ist aber so gewollt, weil die Ökoregelungen beantragen können. Im HALM gehen über 50 % an Ökobetriebe – bei

16 % der Fläche. Da kann man jetzt nicht sagen, dass wir nicht schon eine deutliche Förderung in der Vergangenheit gehabt hätten. Alle anderen Ziele verfolgen wir auch – vielleicht nicht immer unter dem Label. Herbizidfreiheit gibt es in der Tat in vielen Bereichen, das ist aber nicht immer mit Ökozertifizierung verbunden. Das weiß ich zufällig genau, weil ich aus so einem Betrieb komme, in dem das genau so ist.

Deswegen will ich nur sagen: Wenn wir uns da einig sind, dass es nicht das eine allein selig Machende gibt, sondern manchmal verschiedene Wege zum Ziel führen, dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

Natürlich sind wir auch weiter an der Stickstoffreduktion interessiert und arbeiten auch weiter daran. Wenn Sie jetzt sagen, die Messstellen bringen da nichts: Ja, die Messstelle selbst reduziert den Stickstoff nicht; das stimmt. Aber die Messstelle, die dazu führt, dass wir passgenauer ermitteln können, wo wir die Probleme haben, fördert doch massiv die Akzeptanz. Das ist doch im Moment das Problem. Das weiß auch jeder, das hat uns auch die EU schon mehrmals gesagt. Wir haben mit 120 Messstellen angefangen, die teilweise riesige Gebiete in eines zusammenfassen; und der Landwirt vor Ort hat immer das Gefühl, er wird ungerecht behandelt. Die Akzeptanz zum Ergreifen von vernünftigen Maßnahmen für nachhaltiges Wirtschaften erhöhen wir doch massiv, wenn wir eine gerechtere Beurteilung über ausreichend Messstellen haben. Deswegen will ich diese Strategie schon verteidigen. Ich glaube, wir haben am Ende keinen Erfolg, wenn wir sagen: Wir wissen schon, wie es bei dir aussieht, können es aber nicht nachweisen, können nicht messen, und halten uns übrigens am Ende auch nicht an das, was die Nitratrichtlinie und die Düngeverordnung vorgeben. – Denn danach müssen wir Verursachergerechtigkeit dadurch herstellen, dass wir wissen, wie die Werte vor Ort tatsächlich sind. Das würde ich verteidigen und auch weiterverfolgen.

Das waren die Stichworte, die ich mir aufgeschrieben habe. Wenn ich etwas vergessen habe, fragen Sie bitte gern nach.

Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen):

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Die Ökoförderung im HALM – die Sie für massiv halten, die ich nicht für massiv halte – kommt zu 90 % von der EU. Ich weiß nicht, was Sie sonst meinen. Da steckt jedenfalls nur ein kleiner Teil Landesmittel drin. Das meiste Geld bei der Ökoförderung, ich glaube, 85 oder 90 %, kommt von der EU. Es ist unterschiedlich, wie die EU die einzelnen Maßnahmen in den Agrarumweltmaßnahmen bezuschusst; und Ökoförderung hat den höchsten Fördersatz aus der EU. Trotzdem sind wir hier nur Durchschnitt – das nur eine Nebenbemerkung.

Noch etwas zur Ökoförderung. Es gibt noch eine andere Form. Ich war jetzt bei der Bioland-Wintertagung. Da hat die VÖL vorgestellt, was das Praxisforschungsnetzwerk macht. Das waren acht oder neun verschiedene Förderprojekte, die wurden dort vorgestellt. Alle diese Maßnahmen hatten bei der Vorstellung ein Schild dran: „Gefördert aus dem Ökoaktionsplan der Hessischen Landesregierung“. Das hat jeder dort gesehen. Jetzt lese ich aber hier, dass der Ökoaktionsplan um 400.000 Euro zurückgeschraubt wird. Das sind Forschungsmittel. Wenn Sie sich die Projekte

einmal anschauen, die das Praxisforschungsnetzwerk macht: Davon profitiert auch der konventionelle Landbau, das ist alles im Sinne der Nachhaltigkeit.

Da wäre noch einmal meine Frage: Wie passt das zusammen, jetzt nicht die Ökoförderung auf der Fläche, sondern die Kürzung des Ökoaktionsplans um 400.000 Euro – wo ich davon ausgehe, dann steht auch weniger Geld für Praxisforschung oder für Forschung zur Verfügung –, wenn Sie ganz am Anfang erklärt haben, die Indikatoren und die Nachhaltigkeitsziele gelten?

Minister Ingmar Jung:

Bei den Praxisforschungsprojekten sind tatsächlich sehr sinnvolle dabei, von denen auch weit mehr als reine Ökolandwirte profitieren können. Das teile ich, was Sie sagen. Ich kenne jetzt nicht alle. Aber die, die ich gesehen habe, halte ich durchaus für sinnvoll. Den genauen Zusammenhang mit dem Ökoaktionsplan kann ich aus dem Stand nicht beantworten, das liefere ich Ihnen gern nach. Ich teile aber Ihre Ansicht, dass wir da einen wichtigen Bereich haben, der unterstützenswürdig ist. Ich habe mich neulich damit beschäftigt. Ich habe jetzt nicht die exakten Details drauf, die kann ich Ihnen gern nachliefern.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Zwei Fragen wurden nicht beantwortet: was mit dem neuen Schwerpunkt „Jugend und Sport“ beabsichtigt ist, wie Sie den durchführen wollen und welche Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Dann habe ich noch eine Nachfrage zum Flächenziel; denn das ist laut Nachhaltigkeitsberichterstattung auch ein Ziel, das erreicht werden soll. Im Hessischen Bündnis für Nachhaltigkeit hatte man sich darauf verständigt, diese Leistungsindikatoren dort reinzuschreiben, und da steht eine konkrete Zahl, nämlich 2,5 Hektar. Sie hatten gesagt, da sind Sie auch dabei. Welches Flächenziel haben Sie denn?

Wenn Sie sagen, dass Sie nicht wissen, ob Sie diese Zielindikatoren beibehalten wollen, dann wäre es wichtig, auch mit dem Bündnis zu sprechen, mit allen Akteurinnen und Akteuren. Ich halte das aber auch für falsch. Denn, wenn man kein Ziel hat, das man erreichen will, dann kann man auch keine Maßnahmen entwickeln und sich selbst nicht überprüfen. Bei anderen Dingen überprüfen wir uns auch selbst, ob wir unsere Ziele erreichen.

Die Initiative für nachhaltiges Wirtschaften ist sehr erfolgreich, da sind immer mehr Unternehmen dazugekommen. Deswegen halte ich das auch für falsch – vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden –, wenn Sie diese Initiative einstellen würden. Die haben alle eine Charta unterschrieben. Daraus sind auch sehr gute Initiativen hervorgegangen; es ging um Plastikvermeidung und solche Geschichten. Diese Nachhaltigkeitsstrategie ist nichts Abstraktes. Klar, Nachhaltigkeit ist manchmal schwer zu greifen, es gibt verschiedene Strukturen. Die 17 SDGs kennen die meisten Leute gar nicht. Aber es sind sehr viele gute Initiativen aus diesen konkreten Gremien hervorgegangen, gerade aus dieser Initiative für nachhaltiges Wirtschaften. Da haben sich Unternehmen committet, beispielsweise bei der Reifenherstellung darauf zu achten, dass weniger Mikroplastik in die Umwelt gelangt. Solche positiven Beispiele können dann etwas bewirken.

Da haben mir in der Diskussion die Ansätze gefehlt, wie wir dieses positive Wirken, den Nachhaltigkeitsgedanken in die Gesellschaft und die Wirtschaft bringen, damit wir unsere Lebensgrundlagen erhalten. Denn um nichts anderes geht es ja. Wenn wir viele Menschen gewinnen, die dabei mitmachen, dann ist das positiv. Ob man das jetzt mit der Firma macht, mit der Finanzierung und so, ist mir persönlich egal. Aber wichtig ist, dass die Nachhaltigkeitsstrategie fortgesetzt werden kann. Da erkenne ich jetzt nicht, dass sie in irgendeiner Art und Weise für 2025 fortgesetzt werden kann. Der Tag der Nachhaltigkeit soll nicht mehr stattfinden. Man kann sich nicht mehr treffen, wenn man kein Geld für die Raummiete usw. hat. Sollen die Menschen sich jetzt alle per Videokonferenz treffen? Das halte ich für eine sehr schlechte Idee, weil die persönliche Begegnung da immens wichtig ist.

Was mir auch gefehlt hat, ist wirklich, wenn wir das Thema Nachhaltigkeitsstrategie Hessen haben, dass auch einmal gesagt wird, dass das etwas Positives ist und welche positiven Effekte schon daraus hervorgegangen sind. Das hat mir jetzt komplett gefehlt. Ich fand das sehr negativ und nicht sehr konstruktiv, was vonseiten der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion dazu gekommen ist, und ich finde es auch sehr schade. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, dass der ehemalige Ministerpräsident Roland Koch das ins Leben gerufen hat. Auch vor dem Hintergrund der Bewahrung der Schöpfung, egal wie man es nennt, ist das ein wichtiges Thema. Die Nachhaltigkeitsstrategie steht unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten. Deswegen: Wenn einem etwas wichtig ist und wert ist, dann muss man das auch finanzieren. Ich hoffe, dass es möglichst bald Ideen gibt, wie das Ganze fortgesetzt werden kann. Im Moment sehe ich, dass es abgewickelt wird.

Minister Ingmar Jung:

Frau Feldmayer, ich will das noch einmal betonen: In der Zielsetzung haben wir überhaupt keinen Dissens. Die Frage ist, ob der Weg dorthin der richtige ist. Sie sagen selbst, man muss einmal schauen, welche sinnvollen Projekte es da gibt. Offen gestanden, ist Ihnen jetzt aber auch keines aus dem Bereich eingefallen, über den wir heute sprechen. Sie haben zwei genannt, die halte ich für gut. Mikroplastiktrieb bei Reifen ist in der Tat ein gutes Projekt, genauso wie das Plastikvermeidungsprojekt, ein sehr gutes Projekt. Die sind allerdings beide in der Umweltallianz gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt worden und nicht in dem Bereich, über den wir heute reden. Das läuft übrigens weiter, und genau dorthin wollen wir es zusammenführen. In der Tat, dort ist nach unserer Einschätzung noch effizienter gearbeitet worden, neben anderen Gremien nebenher. Deswegen halten wir es für sinnvoll, in diesem Bereich unser Engagement zu verstärken und es dort zusammenzuführen, dass sich am Ende die Gesamtmittel reduzieren, wenn man aus einer Dreifach- oder Vierfachstruktur eine Struktur macht. Die beiden, die Sie eben genannt haben, waren übrigens nicht in der Initiative für nachhaltiges Wirtschaften, die waren in der Umweltallianz, wenn ich mich nicht völlig täusche. Aber da bin ich mir doch sehr sicher. Damit liefern Sie eigentlich selbst das Argument, warum es sinnvoll ist, darüber nachzudenken, in dem Bereich eine Effizienzsteigerung, eine Zusammenführung und eine Synergienutzung zu betreiben.

An dem Ziel 2,5 Hektar halten wir fest, weil wir gar nicht anders können. Das steht im Landesentwicklungsplan, das machen wir natürlich.

„Jugend und Sport“ ist jetzt natürlich genauso betroffen wie andere. Das ist eine Schwerpunktsetzung, die ich für sehr sinnvoll halte. Vor dem Hintergrund dieses Schwerpunkts habe ich noch Jugendverbände für die letzte Sitzung selbst mitberufen. Deswegen will ich daran auf jeden Fall festhalten; das müsste natürlich in die neue Struktur gehen. Wie wir das genau einbauen, kann ich Ihnen noch nicht sagen. Aber ich halte das Ziel weiterhin für sinnvoll und würde die Schwerpunktsetzung auch weiter begrüßen.

Abgeordneter Ingo Schon:

Der Minister hat schon große Teile von dem, was ich fragen wollte, mit beantwortet. Ich will trotzdem gern noch drei Anmerkungen machen.

Das eine ist das, was der Minister eben auch gesagt hat. Ich glaube schon, dass es wichtig ist, noch einmal klarzumachen, dass uns die Nachhaltigkeit auch in der neuen Koalition sehr am Herzen liegt. Sie haben es gesagt: Die Bewahrung der Schöpfung steht in allen Grundsatzprogrammen, in allen Programmen der CDU drin; das ist uns ein wichtiges Thema. Wir nehmen jetzt nicht aus Jux und Tollerei Kürzungen vor, sondern wir stehen vor einer historischen Finanzsituation in diesem Land, in ganz Deutschland. Uns fehlen in diesem Jahr 3 Milliarden Euro in Hessen, die wir irgendwie einsparen müssen. Dann sind wir am Ende tatsächlich der Auffassung, dass es sinnvoller ist, ordentlich in Sachpolitik zu investieren, als Beratungsgesellschaften in großem Stil zu finanzieren.

Es ist eben auch klar geworden, dass viele Projekte weiterlaufen werden, auch unter den ganzen Labeln. Ich will das noch einmal sagen, was Lena Arnoldt gesagt hat: Es kann doch nicht sein, wenn wir 877.000 Euro für eine Strategie ausgeben – wo Menschen an irgendwelche Inhalte denken, an Programme, an Förderungen, an wirklich handfeste Politik –, dass wir dann über 70 % nur an eine Beratungsgesellschaft ausgeben.

Ich verstehe dann, ehrlich gesagt, auch den Vergleich nicht, den Sie angeführt haben, Herr Müller, mit Hessenfest, Grüner Woche und anderem. Für diese Projekte gibt es festes Geld. Das ist für Öffentlichkeitsarbeit, für solche Veranstaltungen, für solche Empfänge, für die Vernetzung da. In der Nachhaltigkeitsstrategie war nicht von Anfang an vorgesehen, auch nicht von Roland Koch, dass man über 70 % für Beratungsgesellschaften ausgibt.

Das Letzte, was ich sagen will, ist mir auch noch wichtig, gerade als Weinbaupolitiker Sprecher und aus dem Rheingau kommend: Mich nervt ein bisschen – ich sage das einmal an der Stelle – immer wieder diese Vermischung von Ökolandwirtschaft und nachhaltiger Landwirtschaft. Denn dieses Ökolabel ist ein Speziallabel, das viele gar nicht machen, weil es in Teilen für die Landwirtschaft und die Umwelt durchaus auch schädliche oder nachteilige Auswirkungen hat. Ich sage mal: Kupfer im Weinbau und anderes. Wir sind klar für eine nachhaltige Landwirtschaft. Deswegen nehmen wir auch diese Ökoziele weg, die nicht erreicht worden sind, obwohl die GRÜNEN zehn Jahre lang mit versucht haben, diese Ökoquoten zu erreichen. Es ist nicht gelungen in Hessen und auch sonst nirgendwo. Deswegen: nachhaltige Landwirtschaft – großes Plus. Ob das alles Öko sein muss, daran mache ich allerdings ein großes Fragezeichen.

Minister **Ingmar Jung:**

Ich glaube, das war keine Frage.

Vorsitzende:

Genau.

Abgeordnete **Kerstin Geis:**

Ich habe mich bei dem Redebeitrag von Herrn Müller gemeldet, und dazu würde ich gern die eine oder andere Anmerkung machen. In der Tat, die Internationale Grüne Woche und die Frage „Was kostet eine Beratungsgesellschaft?“ miteinander vergleichen zu wollen, entspricht ungefähr dem Vergleich von Äpfeln mit Himbeeren, wenn ich es einmal so sagen darf. Die Repräsentanz des Bundeslandes Hessen auf einer internationalen Messe ist in dem Kontext überhaupt nicht vergleichbar; sie ist einfach erforderlich. Punkt. Von daher finde ich den Vergleich nicht angemessen.

Ich finde auch, netzwerken kann man gut weiter; denn die Beratungsstruktur bleibt ja erhalten. Sie wird nicht gänzlich zerschlagen, so wie Sie das jetzt in den Raum stellen, sondern sie wird einfach anders strukturiert. Ich finde, das ist ein zulässiger Prozess, wenn man Strukturen überprüft und feststellt, dass man sie effizienter gestalten kann. Deswegen machen wir das auch so.

Ja, Sie haben sehr recht an der Stelle, an der Sie sagen, dass der Ökolandbau Innovationstreiber ist. Ich komme aus dem Kreis Groß-Gerau. Da gibt es extrem viel Sonderkultur, und da wird in der Ökomodellregion schon sehr stark und sehr fokussiert beraten auf die Frage: Wie kann man den Einsatz von Düngemitteln reduzieren durch andere Maßnahmen und Ähnliches mehr? Das wird in der Landwirtschaft vor Ort auch tatsächlich praktiziert.

Aber die Frage, ob Landwirtinnen und Landwirte Ökolandbau oder konventionellen Landbau betreiben, müssen sie schon selbst entscheiden. Wenn sie sich dafür entschieden haben, konventionell und nachhaltig zu arbeiten, dann müssen sie auch gefördert werden können. Das ist der erste Punkt.

Die zweite Frage, die dahinter steht, ist die Frage, die sich Verbraucherinnen und Verbraucher stellen: Kaufe ich ökologisch produzierte Lebensmittel oder konventionell erzeugte Lebensmittel? Auch diese Frage muss jeder selbst für sich entscheiden können. Für diese Entscheidung müssen aber auch Grundlagen und Möglichkeiten da sein, und dafür stehen wir.

Von daher möchte ich doch sehr darum bitten, dass dieses Wording, das immer wieder anliegt, dass der Ökolandbau in Hessen abgeschafft wird, unterbleibt. Denn das stimmt einfach nicht.

Minister **Ingmar Jung:**

Das war keine Frage.

Abgeordnete **Martina Feldmayer:**

Letzte Frage. Mir ist gerade noch aufgefallen, dass die Frage 15 nicht beantwortet wurde:

„Welche Maßnahmen und Einzelelemente des Klimaplanes zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie werden aus welchen Gründen gekürzt oder gestrichen?“

Minister **Ingmar Jung:**

War das nicht in der Vorbemerkung mit drin?

(Abgeordnete Martina Feldmayer: Dann habe ich es nicht herausgehört, dann war es vielleicht ein bisschen zu kryptisch! – Zuruf: Oder zu schnell!)

– Na ja, die waren nicht unmittelbar miteinander verwoben. Die Frage kann ich Ihnen jetzt auch nur so allgemein beantworten wie im anderen Bereich, dass wir natürlich die Auswirkungen auf den Klimaplan jetzt genauso in einer neuen Strukturzusammenführung und Synergienutzung mit überprüfen. Deswegen kann ich Ihnen jetzt keine Einzelmaßnahmen nennen, die am Ende gestrichen werden.

Abgeordnete **Martina Feldmayer:**

Jetzt wirklich die allerletzte Frage, weil ich die ganze Zeit gehört habe: neue Struktur, neue Struktur, neue Struktur. Gibt es da jetzt ein Konzept? Wann kann man denn damit rechnen, wann das Konzept mit den neuen Strukturen vorgelegt wird, und wann werden Sie das den entsprechenden Gremien denn vorstellen?

Minister **Ingmar Jung:**

Wir haben das jetzt bei uns im Haus organisatorisch zusammengeführt. Wir sind im Gespräch mit denen, die Geschäftsstellen betreiben. Die Referatsleitung wird gerade besetzt, unmittelbar. Dann werden wir Ihnen zeitnah ein Konzept vorstellen. Wenn es Ihnen zu lange dauert, können Sie mich gern daran erinnern. Aber: so schnell wie möglich.

Vorsitzende:

Vielen Dank. – Dann sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes, der mit Entgegennahme des mündlichen Berichts als erledigt gilt.

Die Öffentlichkeit war hergestellt, die ist jetzt beendet.



Beschluss:

LUA 21/9 – 30.01.2025

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts der Landesregierung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

Wiesbaden, 25. Februar 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Swetlana Franz

Wiebke Knell